



Rund 1000 Deutsche haben sich in den letzten Jahren der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) angeschlossen, die zwischenzeitlich große Teile des Irak und Syriens beherrschte. Nun sitzen etwa 100 von ihnen in Nordsyrien unter kurdischer Bewachung in Lagerhaft, und es ist eine Diskussion darum entbrannt, was mit ihnen nach dem türkischen Einmarsch in Syrien geschehen soll.

Frei will IS-Kämpfer nicht zurückholen

Politik Was geschieht nach dem türkischen Einmarsch in Syrien mit rund 100 Deutschen, die für die Terrormiliz Islamischer Staat gekämpft haben und gefangen wurden? *Von Ralf Trautwein*

Thorsten Frei zeigt Kante: „Von IS-Rückkehrern geht ein außergewöhnlich hohes Sicherheitsrisiko aus. Deutschland hat zunächst und vor allem eine Verantwortung gegenüber den Deutschen, die unser Land nicht als Teil einer Terrorarmee bekämpft haben“, sagt der Wahlkreisabgeordnete von hier und stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag. Deshalb werde man auch nach dem Einmarsch der Türkei keine in Gefangenenlagern in Syrien inhaftierten deutschen IS-Terroristen zurücknehmen.

1000 traten in den IS ein

Seit 2012 waren gut 1000 Deutsche nach Syrien und in den Irak gereist, um sich dem Islamischen Staat, kurz: IS, anzuschließen. Inzwischen sitzen etliche von ihnen in Syrien in Haft, die meisten unter kurdischer Kontrolle.

Doch nach der türkischen Invasion in Nordsyrien ist ungewiss, ob die Kurden dort Herr der Lage bleiben und weiter über IS-Gefangene wachen können. Viele der inhaftierten deutschen IS-Kämpfer sitzen in provisorischen Gefängnissen der syrischen Kurden, die dringenderes zu tun haben, als Islamisten aus Westeuropa zu bewachen. Schließlich sind sie es, gegen die die Türkei vorgeht.

Lage ist unübersichtlich

Und jeder weiß: Wenn die Gefangenen entkommen, könnten diese heimlich nach Deutschland zurückkehren und wären deshalb umso gefährlicher.

Die Lage ist derzeit unübersichtlich. Das US-Militär hat deshalb bereits mehrere Dutzend Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat aus den Händen der Kurdenmilizen übernommen. Schon im Februar hatte US-Präsident Donald Trump Deutschland aufgefordert, seine als IS-Kämpfer aktiven Staatsbürger, soweit sie in Gefangenenlagern in Syrien sitzen, zurückzuholen.

Deutschland tat nichts dergleichen und holte lediglich einige wenige Kinder von IS-Kämpfern mit deutschen Wurzeln zurück. Und das auch nur, weil das Berliner Verwaltungsgericht die Bundesregierung verpflichtet hatte, eine „staatliche Schutz-



In seiner Funktion als stellvertretender Fraktionschef in Berlin ist Thorsten Frei bei der Union für rechtliche Fragen und Anliegen zuständig. *Fotos: NQ-Archiv*

pfligt“ zu erfüllen. Nun aber ist die Lage schlagartig eskaliert – und der Druck auf die Bundesregierung wächst.

„Von IS-Rückkehrern geht ein außergewöhnlich hohes Sicherheitsrisiko aus.“

Thorsten Frei

Stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag

Vergangene Woche waren türkische Bodentruppen und verbündete Milizen ins benachbarte Syrien einmarschiert. Die Türken zeigten sich dabei weitgehend unbeeindruckt von der scharfen internationalen Kritik, die seitdem auf sie einprasselt.

Dabei versuchte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan

abzuwiegeln, indem er der internationalen Staatengemeinschaft versprach, dass sein Land die Flucht in Nordsyrien gefangener Kämpfer der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat unterbinden werde. „Wir werden sicherstellen, dass kein Kämpfer des IS den Nordosten Syriens verlassen kann“, versicherte Erdogan.

„Keine Rückholung“

Politiker von SPD und Grünen sehen Deutschland dennoch in der Pflicht, die eigenen Staatsangehörigen zurückzunehmen – bevor sie aus den Lagern ausbrechen und unkontrolliert nach Europa zurückkommen. Dahinter steht die Angst, dass ehemalige Anhänger des Islamischen Staats hierzulande als Attentäter oder Agitatoren aktiv werden könnten. Die Linken stehen auf dem Standpunkt, dass deutsche Staatsangehörige, die im Ausland Verbrechen begehen, auch in Deutschland dafür verurteilt werden sollten.

Jurist Thorsten Frei denkt aber nicht an eine Rückholung dieser Männer auf Kosten des Steuerzahlers. Es sei zudem zu klären, meint er, „ob etwa der Irak einen Strafverfolgungsanspruch geltend machen und ehemalige IS-Kämpfer vor ein nationales Gericht stellen will“. Denkbar sei auch die Verurteilung vor einem internationalen Gerichtshof.

Andere Vorstellungen

In der Union gibt es aber auch andere Vorstellungen. So hatte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) vor wenigen Tagen eine Rücknahme von in Syrien gefangenen IS-Kämpfern, zumindest unter strengen Voraussetzungen noch erwogen. Dabei müsse ein sofortiges Strafverfahren mit Untersuchungshaft sichergestellt werden.

Immer noch fanatische Gotteskrieger?

Dort wo die Terrormiliz Islamischer Staat einst stark war und große Gebiete beherrschte, im Irak und im Norden Syriens, sitzen auch viele deutsche IS-Kämpfer in Haft. Nachdem das Kalifat zerschlagen wurde, waren sie in Gefangenschaft geraten.

Der Sieg gegen den IS macht Deutschland, so erfreulich er im Grunde sein mag, Probleme. Soll man die Deutschen, die in der Terrormiliz gekämpft haben, zurück nach Deutschland holen und – soweit möglich – vor Gericht stellen?

Oder soll man einfach nur froh sein, dass sie weg sind? Man weiß wenig über die IS-Rückkehrer: Sind sie immer noch fanatische Gotteskrieger, oder haben sie die Nase voll? Medienberichten zufolge geht es bei dieser Diskussion um rund 100 Männer. *rat*